



Presseschau vom 31.05.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Wladislaw Sankin: Ukraine beschießt Schulen und tötet Kinder in Donezk – der Westen feiert Selenskij

Am Montag haben ukrainische Streitkräfte das Zentrum von Donezk mit Langstreckenartillerie beschossen und trafen zwei Schulen – fünf Zivilisten starben, darunter ein Kind. Am Tag zuvor feierte man Selenskij und die Gebrüder Klitschko auf einer Solidaritätsveranstaltung am Brandenburger Tor in der deutschen Hauptstadt. ...

<https://kurz.rt.com/2zu5> bzw. [hier](#)

de.rt.com: "Selenskij ist ein Kriegsverbrecher" – Tribunal zu Gräueltaten des ukrainischen Nationalismus

Wenige wissen, dass es bereits ein Tribunal gibt, das sich mit der Aufdeckung der Verbrechen des ukrainischen Nationalismus beschäftigt. RT sprach mit dessen Gründer, dem russischen Politikwissenschaftler und Menschenrechtler Maxim Grigorjew. ...

<https://kurz.rt.com/2zqa> bzw. [hier](#)

Scott Ritter: Mit einem 40-Milliarden-Dollar-Plan steuern die USA auf ein Scheitern in der Ukraine zu

US-Offizielle haben ein verblüffend irreführendes Bild der Ukraine als ein mutiges und edles Bollwerk von Freiheit und Demokratie erschaffen. Das konventionelle Narrativ lässt uns glauben, dass die Ukraine eine osteuropäische Version Dänemarks ist. ...

<https://kurz.rt.com/2zu6> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Behörden von Cherson sehen Selenskij nicht als Präsidenten und wollen schnellen Beitritt zu Russland

Ab wann kann man von der Zugehörigkeit des Gebiets Cherson zur Ukraine in der Vergangenheitsform sprechen? De facto ist die Südukraine schon jetzt komplett abgespalten. Nun sagt sich die neue Regierung der Gebietshauptstadt im Namen der ganzen Region von Selenskij los. ...

<https://kurz.rt.com/2zwe> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:00 Telegram-Kanal von Dimitri Medwedew: Deutschland hat beschlossen, die Einreise russischer Kritiker des Sondereinsatzes in der Ukraine zu vereinfachen. Mit anderen Worten, diejenigen, die sich ihrem Land widersetzen und wollen, dass es verliert. Nun, zwei Schlussfolgerungen können gezogen werden:

1. Lassen Sie diese so schnell wie möglich zu den Deutschen gehen. Und am liebsten unwiderruflich unter Androhung der Strafbarkeit für Falschaussagen über die Bundeswehr.
2. Vielleicht sollten wir über eine bevorzugte Einreise nach Russland für alle nachdenken, die sich in Deutschland aktiv dagegen stellen, und nicht nur gegen die ukrainische Variante der Leberwurst (Scholz und Co) und ähnliche europäische Figuren.

22:49 (21:49) novorosinform.org: **Der neue Präsident Südossetiens hat die Vorbereitungen**

für ein Referendum über den Beitritt zu Russland ausgesetzt

Alan Gagloew setzte das Dekret über die Einberufung eines Referendums über den Beitritt der Republik zur Russischen Föderation aus.

Seiner Meinung nach sollten die Behörden Südossetiens vor dem Referendum Konsultationen mit Moskau führen.

Gagloew betonte, dass er die Initiative für eine weitere Integration mit Russland voll und ganz unterstütze, aber eine einseitige Lösung von Problemen, die die legitimen Rechte und Interessen Russlands betreffen, sei nicht akzeptabel.



https://novorosinform.org/content/images/55/05/45505_720x405.jpg

21:51 de.rt.com: China startet diplomatische Pazifik-Offensive

Peking will seine Beziehungen zu den pazifischen Inselstaaten verbessern. Auf einer Konferenz mit Vertretern dieser Staatengruppe beschlossen die Beteiligten, dass sie bei ihren Beziehungen untereinander fünf Punkte beachten werden.

China und mehrere pazifische Inselstaaten haben am Sonntag einen auf fünf Punkten basierenden Konsens erreicht, wie die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua unter Berufung auf Chinas Außenminister Wang Yi berichtete. Die Vereinbarung wurde auf einem Treffen der Außenminister erzielt. Während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Fidschis Ministerpräsidenten und Außenminister "Frank" [Josaja Voreqe Bainimarama](#), der zusammen mit Wang das Treffen geleitet hatte, erklärte Chinas Spitzendiplomat, dass die Konferenz ein Erfolg gewesen und in fünf Bereichen ein Konsens erreicht worden sei.

Die Staaten hätten sich auf die Grundsätze geeinigt, ihre umfassende strategische Partnerschaft zu vertiefen, die Souveränität, Unabhängigkeit und nationale Würde der Staaten zu verteidigen, die gemeinsame Entwicklung und den gemeinsamen Wohlstand zu verfolgen, den echten Multilateralismus zu verteidigen sowie das gegenseitige Verständnis der Völker zu fördern, so Wang.

An dem Treffen nahmen neben China und Fidschi zugleich Vertreter von Kiribati, Samoa, Niue, Papua-Neuguinea, Vanuatu, Mikronesien, den Salomon-Inseln sowie Tonga teil. Der Generalsekretär [Henry Puna](#) des Pazifischen Inselforums ([Pacific Islands Forum; PIF](#)) wohnte dem Treffen ebenfalls bei.

Am Folgetag erklärte Wang, dass China bereit sei, größere Anstrengungen zu unternehmen, um die umfassende strategische Partnerschaft mit den pazifischen Inselstaaten langfristig und auf stabile Weise zum Nutzen der Menschen in der Pazifikregion voranzutreiben.

Wang sagte, dass China bei der Entwicklung seiner Beziehungen zu den pazifischen Inselländern auf gegenseitigen Respekt setze und eine auf Gegenseitigkeit beruhende Entwicklung anstrebe. Dazu wolle China die politische Kommunikation zwischen den beteiligten Ländern stärken, gemeinsame Entwicklungsprojekte fördern, weiterhin bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und des Klimawandels helfen, den kulturellen

Austausch fördern und die Einheit und Koordination in internationalen Angelegenheiten stärken.

Wang betonte, dass China sich stets für die Gleichheit aller Staaten eingesetzt habe, egal ob sie groß oder klein, stark oder schwach, reich oder arm sind. Die pazifischen Inselstaaten hätten das Recht, so Wang, Frieden, Entwicklung und Wohlstand zu verwirklichen. Peking habe zwar seine Beziehungen zu den pazifischen Inselstaaten ausgebaut, sich aber nie in deren innere Angelegenheiten eingemischt und auch nicht eine sogenannte "Einflussosphäre" angestrebt.

Zudem sei China bereit, die Koordinierung und Zusammenarbeit mit den pazifischen Inselstaaten in multilateralen Organisationen, einschließlich der Organisation der Vereinten Nationen, zu verbessern, um einen echten Multilateralismus aufrechtzuerhalten und gemeinsam die legitimen Rechte und Interessen der Entwicklungsländer, insbesondere der kleinen und mittleren Länder, zu schützen.

Wang erklärte, dass die Zusammenarbeit zwischen China und den pazifischen Inselstaaten dem Trend der Zeit entspreche, voller Vitalität sei und eine vielversprechende, glänzende Zukunft habe. Angesichts der unvergleichlichen Herausforderungen und Transformationen, die sich derzeit zeigen würden, sei Chinas Antwort auf die Frage nach dem zukünftigen Weg für die Menschheit die Errichtung einer Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft. China sei bereit, sich mit anderen Ländern zusammenzutun, um mehr Stabilität und Sicherheit in die turbulente und unbeständige Welt zu bringen und Solidarität und Vertrauen in der Welt zu fördern, die Gefahr laufe, sich zu spalten.

Im Zuge des Besuchs auf Fidschi unterzeichneten beide Seiten am Montag eine Reihe von bilateralen Abkommen zur Kooperation in den Bereichen Klimawandel, Wirtschaft und Katastrophenschutz. Bainimarama bekräftigte die Bereitschaft seines Landes, die Zusammenarbeit mit China in verschiedenen Bereichen wie der Infrastruktur, der Landwirtschaft, der Fischerei und der nachhaltigen Entwicklung auszubauen. Das fidschianische Volk werde immer daran denken, dass China die Souveränität Fidschis respektiere und fest an der Seite Fidschis stehe, sagte er. Einen Tag vor Wangs Ankunft hatte er erklärt:

"Fidschi ist nicht der Hinterhof von irgendjemandem."

Bainimarama lobte die von China vorgeschlagene Globale Entwicklungsinitiative, die er unterstütze und von der er glaube, dass sie eine starke Triebkraft für eine schnellere Erholung nach der Pandemie sein werde.

Wenige Tage vor der Konferenz Chinas mit den pazifischen Inselstaaten hatte Fidschi verkündet, dem vom US-Präsidenten Joe Biden initiierten "Indopazifischen Wirtschaftsrahmen für Wohlstand" beizutreten. Fidschi ist der 14. Mitgliedsstaat und die erste pazifische Inselnation dieses Zusammenschlusses.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6294fb7bb480cc1da634a34d.jpg>

22:20 de.rt.com: **Frankreichs Außenministerin sichert in Kiew weitere Waffenhilfe zu**

Frankreichs neue Außenministerin Catherine Colonna hat der Ukraine bei einem Besuch in Kiew weitere Hilfe und Waffenlieferungen zugesichert. Colonna traf am Montag in der ukrainischen Hauptstadt ihren Amtskollegen Dmitri Kuleba. Dieser dankte Frankreich für die bisherige Hilfe und forderte angesichts der russischen Sonderoperation die Lieferung schwererer Artillerie-Geschütze. Die von Frankreich bereits gelieferten Haubitzen seien präzise und effizient. Colonna versicherte, die militärische Unterstützung der Ukraine werde weitergehen, auf Kulebas Bitte werde es eine konkrete Antwort geben.

Kuleba pochte zudem auf Unterstützung für den von der Ukraine angestrebten EU-Beitritt. Sein Land wolle eine klare Ansage und keine Alternativvorschläge zu einer Mitgliedschaft in der Union. Colonna betonte, dass Frankreich die Annäherung der Ukraine an die EU unterstütze. Das von Präsident Emmanuel Macron vorgeschlagene politische Bündnis parallel zur EU sei als zusätzliche Kooperation gedacht und solle den Weg der Ukraine Richtung EU nicht ersetzen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6295259bb480cc1db140e073.jpg>

22:40 de.rt.com: **Iran enthüllt geheimen unterirdischen Stützpunkt für Kampfdrohnen**

Die iranische Armee verfügt nach eigenen Angaben über eine unterirdische Luftwaffenbasis für Drohnen. Der geheime Stützpunkt befindet sich "mehrere hundert Meter unter der Erde". Dort sollen über hundert "Kampf-, Aufklärungs- und Angriffsdrohnen" stationiert sein. Israel soll im Februar einen Drohnenangriff auf einen iranischen Luftwaffenstützpunkt durchgeführt und dabei eine große Zahl – möglicherweise Hunderte – von iranischen Militärdrohnen zerstört haben. Als Reaktion auf diesen Angriff feuerte Iran Mitte März zwölf ballistische Raketen vom Typ Fateh-110 auf ein mutmaßliches Mossad-Büro im Nordirak ab. Nun wurde bekannt, dass die iranische Armee nach eigenen Angaben über eine unterirdische Luftwaffenbasis für Drohnen verfügt. Der iranische Staatssender Press TV zeigte am Samstag erstmals Aufnahmen von dem geheimen Stützpunkt.

Press TV berichtete über einen [Besuch](#) des iranischen Generalstabschefs Mohammed Bagheri und des Oberbefehlshabers der iranischen Armee Abdulrahim Mussawi in der unterirdischen Anlage. Der genaue Standort des Drohnen-Stützpunkts wurde nicht genannt. Mehr als hundert "Kampf-, Aufklärungs- und Angriffsdrohnen" seien auf der Basis unter dem Zāgros-Gebirge im Westen des Landes stationiert, hieß es weiter.

Der Stützpunkt befindet sich "mehrere hundert Meter unter der Erde", sagte Generalmajor Mussawi. Der Westen beschuldigt Iran, Drohnen an seine Verbündeten im Nahen Osten zu liefern, darunter die libanesische Hisbollah-Bewegung und Huthi-Milizen im Jemen. Das US-Finanzministerium hatte im Oktober Sanktionen gegen das Drohnenprogramm der Iranischen Revolutionsgarde verhängt.

Die USA warfen Iran vor, hinter einem spektakulären Drohnenangriff auf eine Ölraffinerie in Saudi-Arabien im September 2019 zu stecken. Der Einsatz von iranischen Drohnen zur

Luftüberwachung und für Angriffe im Nahen und Mittleren Osten hat die vollständige Luftüberlegenheit der USA zum ersten Mal seit dem Koreakrieg gekippt. Dies erklärte der US-Kommandant im Nahen Osten, General McKenzie, im vergangenen Jahr gegenüber dem US-Kongress.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6294b54148fbef78a3396313.jpg>

22:40 de.rt.com: **LVR: Getöteter französischer Journalist war bei den ukrainischen Streitkräften akkreditiert**

Der französische Staatsbürger, der am Montag in dem von Kiew kontrollierten Gebiet der Volksrepublik Lugansk (LVR) ums Leben kam, war bei den ukrainischen Streitkräften akkreditiert und trug zum Zeitpunkt seines Todes keinen Presseausweis. Dies erklärte Leonard Swidowski, Vorsitzender des Republikanischen Journalistenverbandes von Lugansk. Er fügte hinzu:

"Der Presseausweis wurde ihm von den Streitkräften der Ukraine ausgestellt. Im dritten Absatz heißt es, dass die ukrainischen Streitkräfte nicht für sein Leben verantwortlich sind." Swidowski berichtete, dass der Franzose zum Zeitpunkt seines Todes "keine Weste mit der Aufschrift 'Presse' trug, keinen Ausweis, nichts, was darauf hinweisen würde, dass er ein Mitglied der Presse war".

Der französische Präsident Emmanuel Macron hatte am Montag auf Twitter den Tod des französischen Journalisten Frederic Leclerc Imhoff im Donbass bestätigt und darauf hingewiesen, dass der Journalist über die Ereignisse in der Ukraine berichtete. Der Fernsehsender BFM stellte seinerseits fest, dass der 32-jährige Journalist als Kameramann für das Unternehmen tätig war. Dies war seine zweite Reise in das Kriegsgebiet, um eine Reportage zu drehen. Nach Angaben des Fernsehsenders befand er sich in einem gepanzerten Fahrzeug und starb infolge einer Granatexplosion.

22:55 de.rt.com: **Russisches Militär übergibt 352 Tonnen humanitärer Hilfsgüter an Zivilbevölkerung der Gebiete Lugansk, Donezk, Charkow und Saporoschje**

Das russische Militär hat in den vergangenen 24 Stunden fünf humanitäre Aktionen in den Gebieten Lugansk, Donezk, Charkow und Saporoschje durchgeführt. Dies sagte am Montag Generaloberst Michail Misinzew, Leiter des russischen Zentrums für Verteidigungsmanagement. Er erklärte:

"In den vergangenen 24 Stunden wurden fünf humanitäre Aktionen in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie in den Gebieten Charkow und Saporoschje durchgeführt, bei denen 352 Tonnen humanitärer Hilfsgüter an die Zivilbevölkerung übergeben wurden." Er fügte hinzu, dass Russland seit dem 2. März 2022 insgesamt 24.342 Tonnen Hilfsgüter, Lebensmittel, Medikamente und medizinische Produkte in die Ukraine geliefert und 1.078 humanitäre Aktionen durchgeführt habe.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/629528f4b480cc1c954a652f.jpg>

vormittags:

6:15 de.rt.com: The Times: Sechs Millionen Haushalte in Großbritannien könnten von Stromausfällen betroffen sein

Bis zu sechs Millionen britische Haushalte könnten in diesem Winter von Stromausfällen betroffen sein, wenn die russischen Gaslieferungen nach Europa ausbleiben. Dies berichtete The Times unter Berufung auf die Regierung.

Stromausfälle könnten im Dezember bis zu sechs Millionen britische Haushalte betreffen, sollte sich die Krise auf dem europäischen Energiemarkt weiter verschärfen. Dies berichtete The Times und präzisierte, dass die Mitglieder des britischen Kabinetts gewarnt worden seien, dass sie im schlimmsten Fall die Stromversorgung während der Spitzenzeiten für die gesamten drei Wintermonate rationieren müssten.

Nach Angaben der Zeitung könnte eine solche Situation eintreten, wenn der Konflikt in der Ukraine andauere und Europa mit akutem Gasmangel konfrontiert werde. Das von den britischen Behörden erwogene Worst-Case-Szenario soll eine vollständige Einstellung der russischen Gaslieferungen in die EU vorsehen.

Wie ein Mitglied der britischen Regierung gegenüber The Times erklärte, führt dies unter anderem dazu, dass die Prognosen für das BIP-Wachstum des Vereinigten Königreichs in den kommenden Jahren aufgrund des starken Anstiegs der Energiekosten zurückgehen würden. Wörtlich hieß es:

"Als verantwortungsbewusste Regierung bereiten wir zu Recht Pläne für jedes noch so unwahrscheinliche Extremszenario vor."

Großbritannien sei auf Versorgungsunterbrechungen gut vorbereitet, hieß es weiter. Im Gegensatz zu den EU-Ländern nutze das Land seine Gasreserven in der Nordsee voll aus, die norwegischen Gasförderplattformen seien direkt an das britische Gastransportsystem angeschlossen. Zudem verfüge Großbritannien über die zweitgrößte Infrastruktur für den Empfang von LNG in Europa, während Deutschland überhaupt keine habe, so das Regierungsmitglied. In Bezug auf die EU-Länder hieß es wörtlich:

"Angesichts der historischen Abhängigkeit der EU von Gaslieferungen von Putin könnte dieser Winter für den Kontinent sehr schwierig werden."

Das Vereinigte Königreich bezieht nur etwa vier Prozent seines Gasverbrauchs aus der Russischen Föderation und deckt seinen Eigenbedarf zu 40 bis 50 Prozent aus Nordseefeldern. Der Markt des Königreichs hängt jedoch von Lieferungen aus Norwegen und Katar ab, und das Königreich erhält auch Gas über Meeres-Pipelines, die es mit Belgien und den Niederlanden verbinden. The Times wies darauf hin, dass diese beiden Länder die

Lieferungen an Großbritannien einstellen könnten, wenn sie selbst in eine Energiekrise geraten. London befürchte vor allem, dass die Lieferungen aus Norwegen, die im vergangenen Jahr 42 Prozent des gesamten Gasverbrauchs im Königreich ausmachten, angesichts der steigenden EU-Gasnachfrage um die Hälfte zurückgehen könnten, so die Nachrichtenagentur.

Nach Angaben von The Times werde das Defizit zur Abschaltung britischer Gaskraftwerke führen, die derzeit bis zu einem Drittel des gesamten Strombedarfs des Königreichs decken. Auch Industrieunternehmen, die Gas verbrauchen, würden zur Schließung gezwungen sein. Haushalte würden wochentags in den Morgen- und Abendstunden und schlimmstenfalls auch an den Wochenenden Stromausfälle hinnehmen müssen.

Daraufhin bat der britische Minister für Wirtschaft, Energie und Industriestrategie, Kwasi Kwarteng, die Eigentümer der letzten drei Kohlekraftwerke des Landes, die im September geschlossen werden sollten, den Betrieb vorübergehend fortzusetzen. Die Laufzeit des britischen Kernkraftwerks Hinkley Point B, das im Jahr 1976 in Betrieb genommen wurde und diesen Sommer abgeschaltet werden sollte, könnte ebenfalls um anderthalb Jahre verlängert werden. Außerdem führt die Regierung Gespräche mit Centrica, um die im Sommer 2017 stillgelegten Gasspeicher wieder in Betrieb zu nehmen, da das Königreich nun mit einem Mangel an Gasspeicherkapazitäten konfrontiert ist. The Times zufolge könnte Centrica zu diesem Zweck Subventionen in Höhe von 1 Milliarde britisches Pfund (rund 1,17 Milliarden Euro) erhalten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6294c75cb480cc4ab6489836.jpg>

7:30 de.rt.com: **Cherson und Saporoschje stellen auf russische Mobilkommunikation und Internet um**

Die ukrainischen Gebiete Cherson und Saporoschje sind auf den russischen Mobilfunk und das Internet umgestiegen. Das erklärte der informationspolitische Berater des Krim-Oberhauptes Oleg Krjutschkow gegenüber RIA Nowosti.

Zuvor hatte die zivil-militärische Verwaltung des Gebietes Cherson an Moskau appelliert, die Kapazitäten der russischen Telekommunikationsunternehmen zu nutzen, um die Mobilfunkverbindungen in der Region wiederherzustellen.

Der Aufruf erfolgte am Montag, nachdem ukrainische Streitkräfte während des Beschusses der Frontlinie ein Telefonkabel durchtrennt hatten, was zu einem weitreichenden Ausfall des Backbone-Netzes führte. Die Menschen in den Gebieten Cherson und Saporoschje waren ohne Mobilfunk. Zuvor waren sowohl ukrainische als auch russische Mobilfunkbetreiber in den Gebieten tätig. Krjutschkow betonte:

"Ein weiterer Terroranschlag Kiews legte die Kommunikation in den Gebieten Cherson und Saporoschje lahm. Russland hingegen war ihnen einen Schritt voraus. In den befreiten Gebieten gibt es bereits ausschließlich russisches Internet und russische Telekommunikation. Das ist im Grunde das Ende der ukrainischen Propaganda, Selenskijs Lügentürme sind zerfallen."

7:55 de.rt.com: **EU schließt russische Sberbank von SWIFT aus und verbietet drei TV-Sender**

Sberbank, die größte Bank Russlands, wird im Rahmen des sechsten EU-Sanktionspakets aus dem Finanzkommunikationsnetzwerk SWIFT ausgeschlossen, teilte EU-Ratspräsident Charles Michel in der Nacht zum Dienstag in Brüssel mit. Bisher wurden sieben große russische Banken von SWIFT ausgeschlossen.

Die Sberbank reagierte bereits. Die Maßnahme werde keine wesentlichen Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeiten haben, da die härtesten Sanktionen bereits eingeführt worden seien, hieß es vom Pressedienst. Die Zahlungen im Inland seien nicht von SWIFT abhängig und würden im Normalbetrieb durchgeführt.

Zudem sollen der staatliche Nachrichtensender Rossija 24 sowie die ebenfalls staatlichen Sender RTR Planeta und TV Zentr in der EU verboten werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6295a3d348fbef28152bb24a.jpg>

8:25 de.rt.com: **Moskau über EU-Ölembargo: Werden andere Abnehmer finden**

Moskau wird andere Abnehmer für sein Öl finden, wenn die EU auf Öl aus Russland verzichten will. Darauf [wies](#) der ständige Vertreter Russlands bei den Internationalen Organisationen in Wien Michail Uljanow hin.

Zuvor hatte der Präsident des EU-Rates Charles Michel erklärt, die Staats- und Regierungschefs der EU hätten sich nach dem ersten Tag des Gipfels in Brüssel auf ein teilweises Ölembargo geeinigt und damit die Einigung über das sechste Sanktionspaket gegen Russland freigegeben. Von den Beschränkungen sind zwei Drittel der Öleinfuhren aus Russland betroffen. Die Chefin der EU-Kommission Ursula von der Leyen erklärte, Brüssel werde die Ölimporte aus Russland bis Ende des Jahres effektiv um 90 Prozent reduzieren.



[https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6295a493b480cc04ae766e7a.jp](https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6295a493b480cc04ae766e7a.jpg)

g

Öltanker im Handelshafen von Sankt Petersburg

8:50 de.rt.com: **Russland räumt Möglichkeit der Evakuierung von Diplomaten aus unfreundlichen Ländern ein**

Moskau halte es nicht für notwendig, Botschaftsangehörige aus unfreundlichen Ländern zu evakuieren, habe aber Maßnahmen für den Notfall ergriffen. Das verkündete der russische Staatssekretär und stellvertretende Außenminister Jewgeni Iwanow gegenüber RIA Nowosti. Er wies darauf hin, dass die Behörden einer Reihe von Ländern, in denen "verstärkte Aktivitäten russophober Elemente" festgestellt wurden, im Einklang mit ihren internationalen Verpflichtungen die erforderlichen Maßnahmen ergriffen haben, um die russischen diplomatischen Vertretungen vor Angriffen von Extremisten zu schützen. Leider sei dies nicht überall der Fall, so Iwanow. Er fügte hinzu:

"Zum jetzigen Zeitpunkt sehen wir jedoch keine Notwendigkeit, Mitarbeiter der russischen diplomatischen Vertretungen aus nicht befreundeten Ländern zu evakuieren. Aber natürlich sind solche Maßnahmen für den Fall von Fehlentwicklungen vorgesehen."

9:50 (8:50) **novorosinform.org: Ukrainische Schiffe, die im Hafen von Mariupol verblieben sind, werden verstaatlicht – Puschilin**

Einige Trockenfrachtschiffe, die im Hafen von Mariupol verblieben sind, werden Eigentum der Volksrepublik Donezk, sagte das Oberhaupt der DVR, Denis Puschilin.

Das Oberhaupt der Republik sagte in einem Interview mit DAN, dass einige der Schiffe in die Zuständigkeit der DVR überführt werden sollen. Er fügte hinzu, dass die entsprechenden Entscheidungen bereits getroffen worden seien und dass die Trockenfrachtschiffe künftig unter der Flagge der DVR und unter anderen Namen fahren würden.

Denis Puschilin erklärte auch, dass die Republik nun über eine eigene Handelsflotte verfüge.



https://novorosinform.org/content/images/55/14/45514_720x405.jpg

9:15 de.rt.com: **EU stellt der Ukraine weitere neun Milliarden Euro zur Verfügung**

Die Europäische Union will der Ukraine im Laufe des Jahres weitere Finanzhilfen von bis zu neun Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Das geht aus einer Erklärung der Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten hervor, die in der Nacht zum Dienstag veröffentlicht wurde. Mit dem Geld soll die Ukraine laufende Kosten etwa für Rentenzahlungen und den Betrieb von Krankenhäusern decken können.

Wörtlich heißt es in der Erklärung: "Die Europäische Union ist bereit, der Ukraine im Jahr 2022 neue außerordentliche Makrofinanzhilfe von bis zu neun Milliarden Euro zu gewähren." Aus dem Text geht hervor, dass die EU mit Partnern der führenden demokratischen Industrienationen (G7) die ukrainische Regierung weiterhin darin unterstützen wird, nicht pleite zu gehen.

EU-Ratspräsident Charles Michel sprach auf Twitter von einer "starken und konkreten Unterstützung für den Wiederaufbau der Ukraine".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6295a8c5b480cc04cf681de7.jpg>

10:22 (9:22) **novorosinform.org: Russische Truppen hinderten die Nato daran, Aufklärung für Kiew durchzuführen**

Eine Aufklärungsdrohne der Nordatlantischen Allianz über dem Schwarzen Meer wurde durch Störungen durch das elektronische Kriegsführungssystem der RF-Streitkräfte unterdrückt, berichtet RIA Novosti.

Ein UAV der NATO befand sich über dem Schwarzen Meer vor der Küste der Krim und versuchte, Informationen für die ukrainische Seite zu sammeln, aber die russischen elektronischen Kriegsführungssysteme erlaubten dies nicht und störten die Kommunikation, teilte eine informierte Quelle der Agentur mit.

Er fügte hinzu, dass die amerikanische Drohne Daten über russische Militäranlagen und -kräfte sammeln sollte, um sie nach Kiew zu übertragen, aber die durch die elektronische Kriegsführung verursachten Störungen "machten ihre Mission bedeutungslos".



https://novorosinform.org/content/images/55/17/45517_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 31.5.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 270 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Smertsch“, „Uragan“ und „Grad“ abgefeuert und außer dem Artillerie der Kaliber 122, 152 und 155mm eingesetzt.

Die Gebiete von **15 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression **starben 6 Zivilisten und 19, darunter 2 Kinder, wurden verletzt**. 31 Wohnhäuser, 2 Fahrzeuge und 9 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über Verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 17 ukrainische Nationalisten, eine Feuerposition einer 122mm-Haubitze D-30 und 3 Schützenpanzerwagen vernichtet. Ein Schützenpanzer und 2 Geländelastwagen GAS-66 wurden erbeutet.

9:45 de.rt.com: **LVR-Chef: Die meisten Einwohner der befreiten Gebiete begrüßen unsere Streitkräfte mit Freude**

Die Mehrheit der Einwohner der befreiten Gebiete begrüße die Streitkräfte der Lugansker Volksrepublik und der Russischen Föderation mit Dankbarkeit als Befreier. Das verkündete der Chef der LVR Leonid Passetschnik in einem Interview mit der Nachrichtenagentur [TASS](https://tass.com).

Er sagte:

"Die meisten Menschen begrüßen uns natürlich als Befreier, haben Tränen in den Augen und versuchen, den Soldaten persönlich zu danken. Viele gehen auf die Straßen, umarmen die Militärs der Republik, der Russischen Föderation, und sagen, dass sie sehr auf die Befreiung warteten."

Dennoch gebe es laut Passetschnik einige, die die Situation noch immer skeptisch sehen, denn die ukrainische Propaganda hatte acht Jahren vor Ort unermüdlich daran gearbeitet, die

Menschen gegen alles Russische aufzubringen. Er erklärte:

"In der Ukraine wurde der Hass gegen alles Russische geschürt: Die Sprache, die Kultur, das Volk und ganz Russland. Leider ist es Kiew und den USA in so kurzer Zeit gelungen, eine ganze Generation, man könnte sogar sagen eine Nation, von Nationalisten heranzuziehen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6295a21b48fbef29a933b867.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 31.05.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

23 Mann;

3 Panzer;

4 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt weiter zivile Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keinerlei Gefahr für den Gegner darstellt und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 12 Geschosse mit Mörsern des Kalibers 120mm auf Perwomajsk abgefeuert.

Außerdem haben die ukrainischen Streitkräfte **Mehrfachraketenwerfer „Uragan“** eingesetzt und **Popasnaja und Stachanow beschossen** und 5 Geschosse abgefeuert.

Durch Beschuss **starben in Stachanow 2 Menschen, 24, darunter 8 Kinder, wurden verletzt.** 2 Infrastrukturobjekte, eine Schule und ein Krankenhaus, wurden beschädigt.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, haben die Einheiten der Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet.**

Die Volksmiliz der LVR liefert gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen weiter humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien sowie in frontnahe Ortschaften der Republik.

So haben gestern Freiwillige der gesellschaftlichen Organisation „Nahrung des Lebens. Donbass“ mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR warme Mahlzeiten und Lebensmittelpakete, darunter Süßigkeiten und Obst, für die Einwohner von Rubeshnoje geliefert.

10:04 de.rt.com: Um **"maximalen Druck aufzubauen"**: EU verhängt Ölembargo gegen Russland

Die Europäische Union hat sich auf ein Ölembargo gegen Russland geeinigt. Wegen Ungarns

Veto gibt es allerdings Ausnahmeregelungen. Deutschland und Polen wollen die Sanktionen dennoch sofort umsetzen und kein Öl mehr aus Russland importieren.

Im Streit um das geplante Ölembargo gegen Russland haben sich die EU-Staaten auf einen Kompromiss geeinigt. Von dem Einfuhrverbot sollen demnach mehr als zwei Drittel der russischen Ölimporte in die EU betroffen sein. Das teilte EU-Ratspräsident Charles Michel während eines Gipfeltreffens in Brüssel mit. Um den Krieg in der Ukraine zu beenden, brauche es "maximalen Druck auf Russland", erklärte Michel angesichts der jüngsten EU-Entscheidung auf dem Kurznachrichtendienst Twitter.

Allerdings sieht der nun beschlossene Stopp russischer Ölimporte einige Ausnahmen vor. Wie EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in der Nacht nach Beratungen mit den EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel bestätigte, sollen auf Drängen Ungarns hin vorerst nur russische Öllieferungen über den Seeweg unterbunden werden. Transporte über die einzelnen Pipelines seien zunächst weiter möglich.

Trotz der Ausnahme für Pipeline-Lieferungen würden die Ölimporte der EU aus Russland bis zum Ende des Jahres so um bis zu 90 Prozent reduziert, schrieb von der Leyen auf Twitter.

Doch einige EU-Länder wollen gänzlich auf die Ausnahmeregelungen verzichten.

Deutschland und Polen machten bereits deutlich, dass sie nicht von der Ausnahme für Pipeline-Öl profitieren wollen und den Import von russischem Öl beenden. Wie auch Ungarn, Tschechien und die Slowakei sind beide Länder an die einzige aus Russland kommende Pipeline, die Druschba (Freundschaft), angeschlossen.

Angesichts des sofortigen Verzichts Deutschlands und Polens könnte Russland im kommenden Jahr somit nur noch ein Zehntel der bisherigen Ölmenge in die EU verkaufen. Immerhin gaben die EU-Staaten nach Schätzungen der EU-Denkfabrik Bruegel bis vor Kurzem noch etwa 450 Millionen Euro pro Tag für Öllieferungen aus Russland aus. Mit dem Verzicht auf russisches Öl hofft die EU darauf, Russland eine wichtige Geldquelle für seine Spezialoperation in der Ukraine zu nehmen.

"Das vom Europäischen Rat vereinbarte Embargo für russisches Öl ist bei Weitem nicht ideal, zumal es erst in sechs Monaten in Kraft treten wird, aber es ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung", erklärte Simone Tagliapietra von der Denkfabrik Bruegel auf Twitter.

"Dies ist ein schwerer Schlag für Russland, das gezwungen sein wird, neue Wege für sein Öl zu finden und es mit erheblichen Abschlägen zu verkaufen."

Mehr noch als Russland wird das nun beschlossene Teil-Embargo insbesondere die deutschen Verbraucher belasten. So führte allein die Verkündung am Dienstag bereits dazu, dass die Ölpreise auf den höchsten Stand seit mehr als zwei Monaten angestiegen sind. Der Preis für ein Barrel der Nordseesorte Brent stieg am Morgen um bis zu 1,6 Prozent auf 123,58 US-Dollar je Fass. Das US-Öl WTI verteuert sich um zeitweise 3,4 Prozent auf 118,97 US-Dollar je Barrel.

Insgesamt bezieht Deutschland derzeit etwa ein Drittel seiner russischen Ölimporte über die Druschba, zwei Drittel werden über den Seeweg transportiert. Doch der Weg in die Unabhängigkeit gestaltet sich für Deutschland weiterhin schwierig: Immerhin zwölf Prozent der deutschen Ölimporte kommen derzeit noch aus Russland.

Die nun beschlossenen Ölsanktionen sind Teil des neuen Sanktionspakets der EU gegen Russland. Die neuen Strafmaßnahmen ermächtigen die EU-Länder unter anderem dazu, Vermögenswerte einzufrieren sowie Reiseverbote gegen Einzelpersonen zu verhängen. Zudem sehen die Sanktionen den Ausschluss des größten russischen Geldhauses Sberbank aus dem globalen Bankenkommunikationsnetzwerk SWIFT vor. Drei großen russischen Staatssendern ist es ab sofort obendrein verboten, ihre Inhalte in der EU zu verbreiten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6295a5c648fbef5839261bc4.jpg>

10:05 de.rt.com: **Gazprom stoppt Gaslieferungen in die Niederlande**

Russland liefert kein Gas mehr in die Niederlande, bestätigte das russische Staatsunternehmen Gazprom am Dienstag. Das Unternehmen habe bis zum 30. Mai kein Geld erhalten, weil das niederländische Gasunternehmen GasTerra seine Rechnungen nicht in Rubel bezahlen will. Laut einem Dekret von Wladimir Putin müssen sogenannte "unfreundliche Länder" ihre Gaszahlungen in russischer Währung begleichen.

Die Einstellung der Lieferungen bedeutet, dass der Gasimporteure ab sofort bis zum 1. Oktober 2022, dem Vertragsende, rund 2 Milliarden Kubikmeter Gas nicht erhält. Um die Lieferengpässe auszugleichen, baut das niederländische Gastransportunternehmen Gasunie ein schwimmendes LNG-Terminal im Hafen von Eemshaven in der Provinz Groningen.

Die Niederlande sind nach Polen, Bulgarien und Finnland das vierte Land, das sich weigerte, das neue Zahlungssystem zu akzeptieren, und kein russisches Gas mehr erhält.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6295c4f9b480cc0bd6345e8e.jpg>

Ein LNG-Importterminal in Rotterdam

11:23 (10:23) novorosinform.org: **Die Europäische Union beabsichtigt ein Militärbündnis zu werden**

Die „Soft Power“ der EU reiche nicht aus, um ihre Interessen zu schützen, die EU müsse zu einer ernsthaften Militärmacht werden, sagte Josep Borrell, Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik.

Der Ukraine-Konflikt habe der Europäischen Union gezeigt, dass eine starke Zivilmacht allein nicht ausreicht, um ihre Interessen zu schützen, dafür brauche man ernsthafte militärische Macht, berichtet [TASS](#) über Borrells Worte auf dem EU-Gipfel.

„Was wir aus dem Konflikt in der Ukraine gelernt haben, ist, dass es nicht ausreicht, Handel zu treiben, es nicht ausreicht, Rechtsstaatlichkeit zu haben, es nicht ausreicht, eine starke Zivilmacht zu sein, die EU muss auch eine ernsthafte militärische Kraft sein“, sagte der

Leiter des Auswärtigen Dienstes.

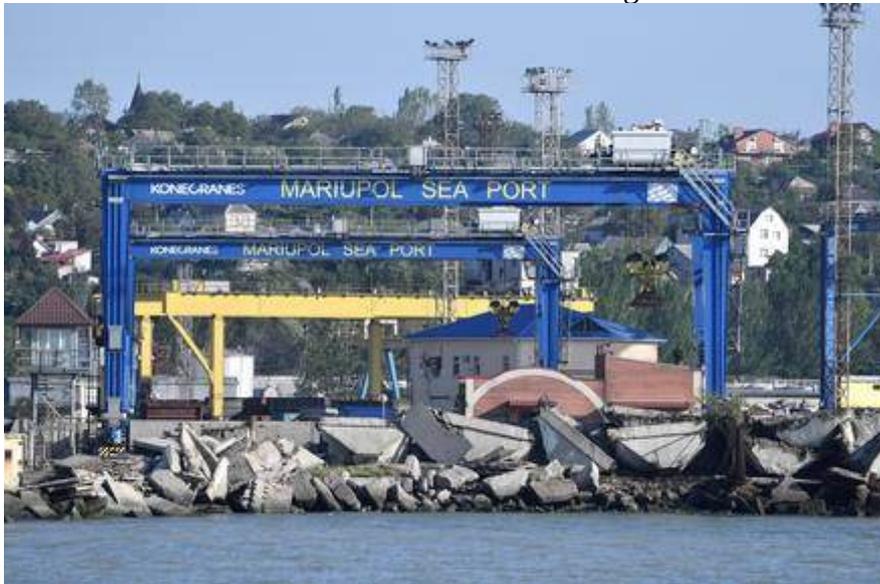
Er fügte hinzu, dass die Union Russland nicht daran hindern könne, Treibstoff an Drittländer zu verkaufen, daher sei die „Soft Power“ in diesem Fall schwach.



https://novorosinform.org/content/images/55/24/45524_720x405.jpg

11:00 de.rt.com: **Puschilin: DVR bekommt eigene Handelsflotte**

Nach Angaben des Oberhauptes der Donezker Volksrepublik (DVR) Denis Puschilin werde ein Teil der Schiffe im Hafen von Mariupol in die Gerichtsbarkeit der Volksrepublik übergehen, die Region werde somit über eine eigene Handelsflotte verfügen. Laut Puschilin würden die Schiffe umbenannt. Weitere Details würden später bekanntgegeben. Der Hafen solle an der Lieferung von Baumaterialien und Ausrüstung für den Wiederaufbau der Städte in der DVR beteiligt werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6295b53e48fbef29165c669f.jpg>

12:45 (11:45) novorosinform.org: **Ein fünfjähriges Mädchen starb unter dem Beschuss ukrainischer Straftruppen in Makejewka**

Infolge des Beschusses von Makejewka starb ein 2017 geborenes Mädchen an Granatsplittern der Streitkräfte der Ukraine, berichtet die DVR-Vertretung im GZKK.

Heute Morgen wurde der Bezirk Tschernonogwardeskiy in Makejewka von den BFU beschossen. Es gibt Informationen über zwei Tote: ein 2017 geborenes Kind und eine 1975 geborene Frau. Zudem wurde ein Mann verletzt, seine Identität wird noch ermittelt.

Auch eine Garage und mehrere Nebengebäude in der Umgebung gingen Feuer. Es treffen

weiterhin Informationen über die Folgen des Beschusses ein.



https://novorosinform.org/content/images/55/32/45532_720x405.jpg

11:50 de.rt.com: **Sonnenblumenöl-Fabrik im Gebiet Belgorod von der Ukraine beschossen**

Eine Sonnenblumenöl-Fabrik im russischen Gebiet Belgorod ist von der Ukraine aus beschossen worden. Dies teilte der Direktor des Unternehmens SM Agro, Andrei Jegorow, mit. Wörtlich hieß es:

"Der Beschuss erfolgte in der Nacht, gegen 2:25 Uhr. Lagerhäuser und Produktionsanlagen wurden beschädigt. Vieles war betroffen. Es gab keine Todesopfer."

Das Dorf Politotdelski im Gebiet Belgorod, in dem sich die Fabrik befindet, liegt etwa 17 Kilometer von der Grenze zur Ukraine entfernt. Im Gebiet Belgorod besteht weiterhin erhöhte Terrorgefahr, da das Territorium regelmäßig von ukrainischer Seite aus angegriffen wird.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6295d5ecb480cc0bd6345eb1.jpg>

nachmittags:

13:29 (12:29) **novorosinform.org: In Mariupol wurde die Hauptstromversorgung wiederhergestellt**

Spezialisten der DVR haben die Reparatur der Hauptstromleitung für die gesamte Energieversorgung Mariupols abgeschlossen, berichtet DAN.

Die Stromleitung Charzysskajya-Sarja wurde wiederhergestellt, sie wird die Hauptader der Energieversorgung für Mariupol, schreibt die Agentur unter Berufung auf einen Bericht von Energieingenieuren.

Seit mehr als zwei Monaten reparieren Mitarbeiter des Staatsunternehmens der DVR zahlreiche Schäden an einem 45,5 km langen Stromleitungsabschnitt. Während der Arbeiten der Energiewirtschaft wurden 28 Stahlbetonmasten repariert, zig Kilometer Draht, Blitzschutzkabel und andere Komponenten der Stromleitung ersetzt.



https://novorosinform.org/content/images/55/43/45543_720x405.jpg

12:30 de.rt.com: **EU-Außenbeauftragter: Moskau wird sein Öl billiger verkaufen müssen**

Russland werde sich aufgrund des Teil-Embargos der Europäischen Union neue Kunden suchen und sein Öl billiger verkaufen müssen, prognostizierte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell am Dienstag. Damit werden aus seiner Sicht die Ziele der EU erreicht. Es gehe darum, Moskau die finanziellen Mittel für den Krieg in der Ukraine zu nehmen.

Die EU sei zwar nicht in der Lage, anderen Ländern den Kauf von Öl aus Russland zu verbieten, aber Moskau werde das Öl zu einem großen Preisnachlass anbieten müssen. Er sagte zu Reportern:

"Natürlich können wir Russland nicht davon abhalten, Öl an jemand anderen zu verkaufen. Wir sind nicht so mächtig, aber wir sind Russlands wichtigster Kunde."

Russland hatte bereits angekündigt, seine Energieexporte auf andere Märkte umzuorientieren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6295ddd448fbef2dc9222708.jpg>

12:50 de.rt.com: **Ukrainisches Gericht verurteilt zwei russische Kriegsgefangene zu 11,5 Jahren Haft**

Ein Gericht im ukrainischen Gebiet Poltawa hat am Dienstag das Urteil für die gefangenen russischen Soldaten Alexander Bobykin und Alexander Iwanow verkündet.

Dies geht aus einer Übertragung aus dem Gerichtssaal auf der Webseite der ukrainischen Justiz hervor. Die Männer wurden zu jeweils 11,5 Jahren Gefängnis verurteilt. Die

Staatsanwaltschaft hatte 12 Jahre gefordert. Bobbykin und Iwanow wurden des "Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges" beschuldigt.

Es wurde berichtet, dass die Angeklagten zugegeben hätten, am Beschuss von Zielen im Gebiet Charkow beteiligt gewesen zu sein. Sie hätten als Fahrer und Schütze in der Artillerieeinheit gedient, die den Ermittlungen zufolge am 24. Februar das Dorf Dergatschi beschossen haben soll. Bei dem Beschuss soll eine Schule zerstört worden sein.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6295dd5948fbef65aa36091c.jpg>

13:10 de.rt.com: **CDU-Chef Merz: Deutschland muss Führungsrolle übernehmen**

CDU-Chef Friedrich Merz hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mangelndes Engagement bei der Weiterentwicklung der Europäischen Union vorgeworfen. Merz sagte am Dienstag in Berlin beim Wirtschaftstag des Wirtschaftsrats der CDU – einem parteinahen Verband mit rund 12.000 Mitgliedern – mit Blick auf den Ukraine-Krieg und seine Folgen, Deutschland müsse gemeinsam mit Frankreich bereit sein, eine Führungsrolle in Europa zu übernehmen. Scholz sei jedoch im Begriff, eine "historische Chance" und eine "historische Verantwortung" zu verpassen und zurückzufallen in alte Muster, so Merz. Der CDU-Chef sprach von einem "Deckmantel" von Besonnenheit und Zurückhaltung. Dies aber sei eigentlich Zögerlichkeit und Ängstlichkeit vor der Verantwortung.

Als Scholz nach Beginn des Ukraine-Kriegs Ende Februar seine Regierungserklärung abgegeben und von einer "Zeitenwende" gesprochen habe, hätten viele das Gefühl gehabt, "Zeitzeugen eines historischen Augenblicks" zu sein, indem der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland dieses Land herausführe aus der Zurückhaltung der letzten Jahre und Jahrzehnte und hineinführe in eine Führungsrolle, die viele zu Recht erwarteten. Merz betonte:

"Das war ein kurzer historischer Augenblick."

Deutschland müsse bereit sein, Führungsverantwortung in Europa und in der Welt zu übernehmen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6295e6a448fbef2dc922270f.jpg>

13:25 de.rt.com: **Moskau: Verminter Wagen mit Leichen in Asowstahl gefunden**

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums ist in den Kellern des Stahlwerks Asowstahl ein Lieferwagen mit insgesamt 152 Leichen ukrainischer Kämpfer vorgefunden worden. Unter dem Wagen hätten sich vier Minen befunden.

Die Verhöre gefangener Asow-Kämpfer hätten ergeben, dass der Wagen auf Befehl Kiews vermint worden sei, um Russland zu beschuldigen, die Überreste vorsätzlich zu zerstören und deren Übergabe an die Angehörigen zu verhindern.

Das Verteidigungsministerium fügte hinzu, dass die Leichen, die in Asowstahl gefunden wurden, in naher Zukunft den Vertretern der Ukraine übergeben würden.

14:25 (13:25) **novorosinform.org: Die DVR wird eine Leitung zum Severskij Donez-Donbass-Kanal bauen**

Der stellvertretende Bauminister der DVR Wladimir Dubowka kündigte die Verlegung einer neuen Wasserleitung von den Stauseen Chanshenkowskoje und Olchowskij zum Severskij Donez-Kanal an.

Die Länge der Neubaustrecke beträgt 25 Kilometer. Spezialisten des Bauministeriums und des staatlichen Unternehmens „Woda Donbassa“ planen zunächst, den Chanshenkowskoje-Stausee mit dem Severskij Donez-Kanal zu verbinden. Danach wird eine Wasserleitung vom Olchowskij-Stausee nach Chanshenkowskoje gebaut.

Es ist vorgesehen, dass Wasser aus dem Olchowskij-Stausee in den Severskij Donez-Kanal eingeleitet und dann nach Donezk und in die umliegenden Siedlungen geliefert wird.

Das Gesamtvolumen in den beiden Stauseen beträgt etwa 40 Millionen Kubikmeter, was das Problem der Wasserversorgung im Donbass lösen wird.



https://novorosinform.org/content/images/55/48/45548_720x405.jpg

13:45 de.rt.com: **Kleines Mädchen und Frau nach Beschuss durch ukrainische Streitkräfte im Donbass verstorben**

Ein fünfjähriges Mädchen und eine Frau sind durch den Beschuss von ukrainischer Seite in Makejewka im Donbass ums Leben gekommen. Dies meldete der Telegram-Kanal des Stabs der DVR-Territorialverteidigung. Die Leichen wurden in den Straßen der Stadt vorgefunden. Aus der Meldung geht hervor:

"Ein 2017 geborenes Mädchen starb an den Folgen des Beschusses durch ukrainische Verbände in Makejewka in der Beregowaja-Straße. Eine Frau wurde in der Kirowogradskaja-Straße getötet."

Am 28. Mai wurden 19 Menschen, darunter vier Kinder, beim Beschuss von Makejewka verletzt. Einer der Verletzten erlag später im Krankenhaus seinen Verletzungen.

13:49 de.rt.com: **Weltweite Umfrage: Negative Ansichten über Russland nur in "westlichen liberalen Demokratien"**

Die jährliche Erhebung des Demokratie-Wahrnehmungsindex ergab zum Themenkomplex Ukraine, dass vor allem die europäischen Bürger das Vorgehen Russlands in der Ukraine kritisch bewerten. Die meisten Befragten in Asien, Lateinamerika und Europa waren der Meinung, dass die NATO, die USA und die EU mehr tun könnten, um der Ukraine zu helfen. Die Auswertung des Democracy Perception Index (DPI) im Rahmen einer aktuellen Umfrage "über die Einstellung zur Demokratie in unterschiedlichen Regionen der Welt", kam zu dem Ergebnis, dass "negative Ansichten über Russland" sich weitgehend auf "Europa und andere liberale Demokratien" beschränken würden. Der jährliche "Demokratie-Wahrnehmungsindex", der in diesem Jahr nach dem Beginn der Kriegsereignisse in der Ukraine durchgeführt wurde, ist die "weltweit größte jährliche Studie zur Demokratie, die mehr als 50 Länder erfasst und für mehr als 75 Prozent der Weltbevölkerung repräsentativ ist." Das Ergebnis belegt laut der Auswertung des britischen Guardian:

"Negative Ansichten über Russland sind weitgehend auf Europa und andere liberale Demokratien beschränkt. In China, Indonesien, Ägypten, Vietnam, Algerien, Marokko, Malaysia, Pakistan und Saudi-Arabien sind die Meinungen über Russland nach wie vor positiv."

In Europa sprachen sich demnach "55 Prozent der Befragten für einen Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland aus, während in Asien eine Mehrheit dagegen war und in Lateinamerika die Meinungen gleichmäßig verteilt waren." In insgesamt 20 Ländern war die Mehrheit der Befragten der Meinung, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zu

Russland "wegen des Krieges in der Ukraine nicht gekappt werden sollten." Dazu gehörten laut Auflistung des Guardian.

"Griechenland, Kenia, die Türkei, China, Israel, Ägypten, Nigeria, Indonesien, Südafrika, Vietnam, Algerien, die Philippinen, Ungarn, Mexiko, Thailand, Marokko, Malaysia, Peru, Pakistan und Saudi-Arabien. Die Kolumbianer waren gleichmäßig aufgeteilt."

Die Ergebnisse würden laut der Studie jedoch gleichzeitig aufzeigen, dass sich 20 von den 31 befragten Ländern, "die einen Abbruch der Beziehungen befürworteten", in Europa befinden. Die berechnete "Netto-Negativität" in Prozenten, der eher "negativen Einstellung zur Politik Russlands", stelle sich wie folgt dar:

- Polen (Netto-Negativität: 87 Prozent)
- Ukraine (80 Prozent)
- Portugal (79 Prozent)
- Schweden (77 Prozent)
- Italien (65 Prozent)
- das Vereinigte Königreich (65 Prozent)
- USA (62 Prozent)
- und Deutschland (62 Prozent)

Zu den Ländern mit einer positiven Einstellung zu Russland gehören Indien, Indonesien, Saudi-Arabien, Algerien, Marokko und Ägypten. Eine weitere Auswertung belegt, dass die meisten Befragten in Asien, Lateinamerika (62 Prozent der Befragten) und Europa (43 Prozent der Befragten) der Meinung sind, dass "die NATO, die USA und die EU mehr tun könnten, um der Ukraine zu helfen."

Die Fragestellung: "Sind Sie der Meinung, dass die USA, die EU und die NATO zu wenig, zu viel oder das richtige Maß an Unterstützung für die Ukraine während der russischen Invasion geleistet haben?" erbrachte folgende Ergebnisse (mit der Reihenfolge – Zu wenig/ Das richtige Maß/ Zu viel):

In Europa:

- Deutschland – 32 Prozent / 54 Prozent / 14 Prozent
- Österreich – 34 Prozent / 48 Prozent / 18 Prozent
- Polen – 61 Prozent / 36 Prozent / 3 Prozent
- Italien – 40 Prozent / 47 Prozent / 13 Prozent
- Schweden – 51 Prozent / 43 Prozent / 6 Prozent
- Frankreich – 34 Prozent / 52 Prozent / 14 Prozent
- Großbritannien – 48 Prozent / 45 Prozent / 7 Prozent
- Griechenland – 52 Prozent / 32 Prozent / 17 Prozent

In Asien:

- China – 16 Prozent / 50 Prozent / 34 Prozent
- Taiwan – 45 Prozent / 47 Prozent / 8 Prozent
- Hongkong – 41 Prozent / 47 Prozent / 12 Prozent
- Indien – 35 Prozent / 40 Prozent / 25 Prozent
- Vietnam – 30 Prozent / 55 Prozent / 15 Prozent
- Thailand – 23 Prozent / 67 Prozent / 10 Prozent
- Japan – 43 Prozent / 49 Prozent / 8 Prozent

In Nord- und Südamerika:

- USA – 47 Prozent / 42 Prozent / 11 Prozent
- Kanada – 49 Prozent / 42 Prozent / 9 Prozent
- Argentinien – 65 Prozent / 30 Prozent / 5 Prozent
- Venezuela – 60 Prozent / 34 Prozent / 6 Prozent
- Brasilien – 60 Prozent / 33 Prozent / 7 Prozent
- Chile – 70 Prozent / 25 Prozent / 5 Prozent
- Peru – 65 Prozent / 29 Prozent / 5 Prozent



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6295e0b4b480cc656679bf69.jpg>

14:00 de.rt.com: **Nehammer: Gas-Embargo auch beim nächsten EU-Sanktionspaket "kein Thema"**

Ein Einfuhrverbot für russisches Gas in die EU wird es nach den Worten von Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer vorerst nicht geben. Ein Gas-Embargo werde auch beim nächsten Sanktionspaket gegen Russland "kein Thema" sein.

In der Nacht zuvor hatten sich die Staats- und Regierungschefs bei einem EU-Gipfel nach wochenlangem Ringen auf ein Teil-Embargo gegen russisches Öl geeinigt.

Öl könne man viel leichter kompensieren als Gas, erklärte Nehammer. Dennoch sei die Maßnahme mit Sicherheit auch für die EU-Staaten schmerzhaft. "Aber man muss realistisch sein. Die Schmerzen, die wir erleiden, sind nichts im Vergleich dazu, die die ukrainische Bevölkerung zu erleiden hat."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6295d165b480cc0627751aeb.jpg>

15:20 de.rt.com: **"Ruchlos für seine Interessen gepockert": Habeck kritisiert Orbán**

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sei nicht glücklich mit dem Kompromiss der EU zu einem Ölembargo gegen Russland, sagte er am Dienstag. Kritik musste vor allem der ungarische Regierungschef Viktor Orbán einstecken.

Dieser habe "ruchlos" für seine eigenen Interessen gepokert. Die europäische Kraft und die Entschlossenheit Europas habe durch das "Gewürge" um das sechste Sanktionspaket gelitten. Habeck betonte:

"Vielleicht leben wir in einer Zeit, wo zu viele Kompromisse dann die Klarheit am Ende nicht nur eintrüben, sondern zerstören".

Orbán habe einen "Handel" aufgemacht und nicht mehr Politik in einem höheren Interesse gemacht.

Der Grünen-Politiker forderte außerdem auf eine entsprechende Frage hin, das Einstimmigkeitsprinzip auf EU-Ebene abzuschaffen. Das Problem aber sei, um die Einstimmigkeit zu überwinden hin zu einer qualifizierten Mehrheit, müsse man dies einstimmig beschließen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6295f6e8b480cc6adf10f1cf.jpg>

16:06 (15:06) novorosinform.org: **Polen könnte sich Gebiete der Westukraine aneignen – Patruschew**

Die polnischen Behörden haben ihre eigenen Interessen in den ukrainischen Gebieten, also werden sie bald damit beginnen, sie sich anzueignen, sagte der Sekretär des Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew.

Er glaubt, dass Kiew "westliche Partner" die Schwäche des Landes jetzt deutlich spürten und jederzeit bereit seien, daraus einen Vorteil zu ziehen, indem sie Teile des ukrainischen Landes annektieren.

„Eine lebhafteste Bestätigung dafür war der Besuch des polnischen Präsidenten Andrzej Duda in Kiew sowie seine Äußerungen, dass die polnisch-ukrainische Grenze bald nicht mehr existieren werde“, sagte Patruschew bei einem nationalen Sicherheitstreffen in der Wolga-Region.

Patruschew fügte hinzu, dass die Äußerungen des polnischen Präsidenten für Übergang Warschaus zu Aktionen zur Annexion eines Teils der Ukraine sprächen.



https://novorosinform.org/content/images/55/59/45559_720x405.jpg

15:40 de.rt.com: **Polens Premier Morawiecki: "Sollte die freie Welt den Ukraine-Krieg verlieren, wird man immer von Putin bedroht"**

Polens Regierungschef Mateusz Morawiecki erklärte gegenüber dem britischen Sender Sky News, dass man, sollten Europa und "die freie Welt" den Ukraine-Krieg verlieren, "nicht länger sicher sein" werde und man immer vom russischen Präsidenten Wladimir Putin "bedroht und erpresst" werde. Der polnische Premier [erklärte](#) zudem, dass man Putin gern entmachtet sehen würde. Dem britischen Sender sagte Morawiecki am Rande des EU-Gipfels in Brüssel:

"Wir möchten natürlich, dass er vollständig von der Macht entfernt wird. Aber er repräsentiert eine brutale Macht, und Russland ist eine Supermacht."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6295fa1fb480cc6c4e7b7eaa.jpg>

16:43 (15:43) novorosinform.org: **Washington könnte Langstrecken-Mehrfachraketenwerfer mit Lenkflugkörpern nach Kiew verlegen – WSJ**

Die USA wollen die Ukraine mit Mehrfachstartraketensystemen mit Lenkflugkörpern mit einer Reichweite von 60 Kilometern beliefern, schreibt die amerikanische Ausgabe des „Wall Street Journal“.

Laut WSJ plant die US-Regierung, solche Systeme nach Kiew zu schicken. Es wird darauf hingewiesen, dass diese Systeme zu eine der Waffenarten mit der größten Reichweite wären, die den Streitkräften der Ukraine zur Verfügung stehen.

Gleichzeitig glauben die Amerikaner, dass selbst eine solche Reichweite es ihnen nicht erlauben werde, russisches Territorium anzugreifen. Rotz der Waffenlieferungen an die Ukraine wollen die USA dennoch eine direkte Konfrontation mit der Russischen Föderation vermeiden.

Das Lenkwaffensystem, das die Regierung von Joe Biden der Ukraine zur Verfügung stellen will, hat ungefähr die doppelte Reichweite der Haubitzen, die die USA dem Land zuvor gegeben haben.



https://novorosinform.org/content/images/55/62/45562_720x405.jpg

16:00 de.rt.com: **Präsident des Europäischen Fechtverbandes Stanislaw Posdnjakow vorzeitig des Amtes enthoben**

Der Kongress des Europäischen Fechtverbands hat für die vorzeitige Beendigung der Präsidentschaft von Stanislaw Posdnjakow gestimmt. Dies gab der Chef des russischen Olympischen Komitees auf seinem Telegram-Kanal bekannt:

"Es ist traurig, dass die Hysterie in Europa zu einer Kultur geführt hat, die alles Russische abschafft, selbst in einem so edlen Sport wie dem Fechten."

Innerhalb kürzester Zeit seien weitaus prominentere Landsleute von mir ähnlichen Angriffen ausgesetzt gewesen, die ebenfalls nicht bereit gewesen seien, das Russische an sich abzuschaffen, hieß es weiter.

Posdnjakow, vierfacher Olympiasieger im Fechten, war seit 2006 Leiter des Europäischen Fechtverbandes. Er sei für diese Jahre trotzdem dankbar.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6295f8c548fbef28eb37cf1e.jpg>

17:06 (16:06) **novorosinform.org: Ukrainische Minen erlauben es nicht, Schiffe mit Getreide aus dem Hafen von Odessa abzuziehen - türkischer Außenminister**

Kiew hat das Schwarze Meer vermint, was es Trockenfrachtschiffen mit Getreide nicht erlaubt, ukrainische Häfen zu verlassen, sagte der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu. Der Chef der türkischen Diplomatie schlug vor, einen Seekorridor einzurichten und ihn von Minen zu säubern. Ihm zufolge habe die Ukraine die Möglichkeit einer vollständigen Reinigung des Wassergebiets in 15 Tagen eingeräumt, dies jedoch wegen der Durchfahrt russischer Kriegsschiffe durch den Hafen in der Region Odessa abgelehnt.

„Die Ukraine will nicht, dass russische Kriegsschiffe den Hafen von Odessa passieren. Und Russland will nicht, dass dieser Korridor genutzt wird, um die Ukraine mit Waffen zu versorgen. Wir brauchen einen Mechanismus. Gestern haben sowohl Putin als auch Selenskij

erklärt, sie seien bereit, daran zu arbeiten", [zitierte RIA Novosti Cavusoglu](#).



https://novorosinform.org/content/images/55/66/45566_720x405.jpg

16:20 de.rt.com: **Nach Öl-Teilembargo: Belgiens Premierminister fordert "Pause" bei EU-Sanktionen gegen Moskau**

Der belgische Premierminister Alexander De Croo hat die Einigung der EU auf ein sechstes Sanktionspaket gegen Moskau begrüßt und zugleich aber auch eine "Pause" gefordert, bis die Auswirkungen der Strafmaßnahmen gegen Russland erkennbar sind.

Zuvor am Dienstag hatte EU-Ratspräsident Charles Michel bestätigt, dass sich die EU-Mitgliedstaaten grundsätzlich auf eine sechste Runde von Sanktionen gegen Russland geeinigt hätten, zu denen auch ein Teilembargo gegen russisches Öl gehört. Die Strafmaßnahmen werden als Reaktion auf die Militäroffensive Moskaus in der Ukraine verhängt.

So erklärte De Croo vor Journalisten am zweiten Tag des EU-Gipfels in Brüssel, dass die Auswirkungen des Öl-Embargos "enorm" wären und daher "eine Pause" nötig sei. Der belgische Premierminister sagte:

"Für Belgien ist dieses Paket ein großer Schritt nach vorne, lassen Sie uns dort vorerst Halt machen und seine Auswirkungen abwarten."

De Croo fügte hinzu, dass die Hauptpriorität jetzt darin bestehe, den bestmöglichen Modus zu finden, "um die Energiepreise unter Kontrolle zu halten".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6296089eb480cc6fa538dd67.jpg>

g

16:40 de.rt.com: **General a.D. Roland Kather: "Man muss mit Erfolgen der russischen Streitkräfte im Donbass rechnen"**

In einem Interview mit der Zeitung „Die Welt“ hat der Ex-Bundeswehrgeneral Roland Kather erklärt, dass die russischen Streitkräfte lokal eine drückende Überlegenheit erzielt hätten. Nun müsse man mit Erfolgen der russischen Streitkräfte im Donbass rechnen. Dabei verwies Kather auf die neue russische Strategie:

"Sie wollen sich jetzt mit aller Macht im Donbass festsetzen, den Donbass behaupten. Dazu haben sie alle Kräfte, die verfügbar waren, zusammengezogen und damit lokal eine drückende Überlegenheit erzielt. Sie haben sich auch qualitativ verändert."

Zudem habe der Militärexperte den Eindruck, dass eine Pattsituation mit der Ukraine kaum wahrscheinlich sei:

"Die sehe ich im Augenblick aber nicht, weil es doch erheblich an schweren Waffen fehlt, und weil ich auch glaube, dass diese Situation vielleicht doch nicht von den ukrainischen Streitkräften so erwartet war und dass das natürlich auch psychologische Folgen hat."

17:57 (16:57) novorosinform.org: **Rogosin nannte Scholz einen militanten Kanzler**
Roskosmos-Chef Dmitri Rogosin kommentierte die Aussage von Bundeskanzler Olaf Scholz, Deutschland werde bald „die größte traditionelle Armee Europas“ unter den Nato-Staaten haben.

Rogosin kommentierte die Pläne von Scholz und erinnerte den Kanzler an das Schicksal seiner Vorfahren.

"Der kämpferische deutsche Bundeskanzler kann es kaum erwarten, die Erfahrung seiner Großväter zu wiederholen", schrieb Rogosin.

Er bemerkte, dass Scholz es anscheinend kaum erwarten könne, zusammen mit seinen Komplizen-Kriegern durch die Straßen der russischen Hauptstadt zu ziehen. Seinem Text fügte er Wochenschau-Aufnahmen von deutschen Kriegsgefangenen hinzu, die durch die Straßen Moskaus gingen.



https://novorosinform.org/content/images/55/70/45570_720x405.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 31. Mai 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben in Mariupol ein Monitoring-System an den Kommunikationsobjekten angeschlossen; in Wolodarskoje, Nowoalexejewka und Priwolnoje wurden mobile Verkaufsstellen für Sim- und Scratch-Karten organisiert.

Am Eisenbahnabschnitt Sartana – Mariupol, Wolnowacha, Chlebodarowka und

Staschtjewsckaja wurden 350 Meter Gleise ausgetauscht; an der Eisenbahnstrecke an den Stationen Sartana – Mariupol wurden 500 Meter Oberleitung demontiert, an der Eisenbahnstation Wolnocha 400 Meter.

Ärzte behandeln in den befreiten Gebieten weiter Bürger. 2280 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Zivilschutzkräfte haben **mehr als 13 Hektar Territorium kontrolliert und 2818 explosive Objekte entschärft.**

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 10.820 humanitäre Pakete ausgegeben.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirksabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

18:26 (17:26) novorosinform.org: **Ein Konstrukteur von „Antonow“ wurde in der Ukraine wegen Unterstützung der militärischen Sonderoperation festgenommen**

Die Kiewer Regionalstaatsanwaltschaft hat einen Konstrukteur des Flugzeugwerks „Antonow“ festgenommen, weil er zur Unterstützung der russischen Spezialoperation in der Ukraine in sozialen Netzwerken gepostet hat.

Der Verdächtige unterstützte in sozialen Netzwerken die Aktionen der russischen Streitkräfte, verherrlichte die Siege russischer Waffen und veröffentlichte die Slogans „Für uns“ und „Die Macht der Wahrheit“. Das teilte die Behörde in Telegram mit.

Zudem teilte der namentlich nicht genannte Verdächtige in sozialen Netzwerken ein Bild einer Karte der Ukraine, auf der Teile des Landes zu anderen Nachbarländern gehören. Seine Veröffentlichungen behaupten, dass die Ukraine nicht existiert, da dieses Land ein Randgebiet von Russland ist.

Gegen den Ingenieur wurde ein Verfahren unter dem Vorwurf „Kriegspropaganda“ eröffnet, der bis zu drei Jahre Haft vorsieht.



https://novorosinform.org/content/images/55/73/45573_720x405.jpg

17:25 de.rt.com: **Studie: Über 86 Prozent der Unternehmen in Russland von Sanktionen betroffen**

Die Sanktionen gegen Russland, die der Westen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg verhängt hat, wirken sich negativ auf russische Unternehmen aus. Einer Umfrage zufolge sind von den Restriktionen inzwischen mehr als 86 Prozent der Unternehmen im Land betroffen. Das Büro des Präsidentenbeauftragten für Unternehmensrechtsschutz hat eine Studie über den aktuellen Zustand der Geschäftstätigkeit in Russland vorgelegt. Im Rahmen der Studie befragte die von Ombudsmann Boris Titow geleitete Stelle in der Zeitspanne vom 17. bis zum 21. Mai die Leiter von 6.000 Unternehmen in allen 85 Regionen des Landes. 86,8 Prozent der Befragten gaben an, von den Folgen der Sanktionen betroffen zu sein. 77,4 Prozent hätten sich an die westlichen Restriktionen bereits angepasst oder seien zuversichtlich, dies zu tun. 11,7 Prozent hätten es nicht geschafft und müssten nun teilweise oder ganz schließen. Ferner gaben 67,1 Prozent der Befragten an, die Folgen der Rezession in der russischen Wirtschaft schon jetzt zu spüren. 29,4 davon meldeten zwar sinkende Erlöse, teilten aber zugleich mit, die Situation unter Kontrolle zu haben. 24,9 Prozent der Unternehmer beschwerten sich über ein ernsthaftes Abflauen, während 7,1 Prozent ihren Zustand als Krise bezeichneten. Weitere 5,7 Prozent teilten mit, ihr Unternehmen geschlossen zu haben oder es demnächst zu tun. Lediglich 10,4 Prozent sahen ihr Geschäft stabil und wachsend.

Der Großteil der Befragten (62,2 Prozent) sah das größte Problem in der zurückgehenden Nachfrage. Genannt wurden auch der Mangel an Umlaufmitteln, Liquiditätslücken, abreißende Lieferketten und Probleme bei Importen. Mehr als die Hälfte der Befragten bezeichnete die Handlungen der russischen Regierung unter dem aktuellen Sanktionsdruck als unzureichend. Ungefähr 35 Prozent nannten sie "gelassen und effizient".

Mehr als die Hälfte der befragten Unternehmensleiter erklärten, dass es in der jetzigen Situation notwendig sei, auf "Schönheitsänderungen" zu verzichten und stattdessen die Spielregeln zu verändern:

"Notwendig ist ein neues Wirtschaftsmodell, in dem es sich bequem, günstig und sicher arbeiten lässt."

In der Umfrage teilten die Unternehmer mit, dass sie vom Staat eine niedrigere Besteuerung und die Abschreibung eines Teils der Steuerschuld erwarten würden. Darüber hinaus wünschten sich die Befragten billigere und zugänglichere Betriebsmittelkredite. Ombudsmann Titow resümierte das Ergebnis der Studie wie folgt:

"Die Krise ist da, und sie entwickelt sich. Die Umfrage zeigt eindeutig, dass der Großteil der Unternehmer die jetzige Reaktion der Regierung auf die Änderungen für unzureichend hält. Die Probleme können nur mit grundlegenden Reformen und einer Veränderung des Entwicklungsmodells überwunden werden."

In der Nacht zum Dienstag hatten sich die EU-Staaten im Streit um das geplante Erdöl-Embargo gegen Russland auf einen Kompromiss geeinigt. Außerdem beschloss Brüssel, das größte Geldhaus Russlands, die Sberbank, aus dem Finanzkommunikationsnetzwerk SWIFT auszuschließen und drei russische Fernsehsender zu verbieten. Zuvor hatte die EU im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg bereits fünf Sanktionspakete gegen Russland verhängt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6295d6ddb480cc289e621c9f.jpg>

abends:

18:00 de.rt.com: **Volksrepublik Lugansk: Verletzte und Tote bei ukrainischem Artillerieangriff auf Seniorenheim**

Der Assistent des Innenministers der Lugansker Volksrepublik Witali Kiseljow hat nach Angaben der TASS erklärt, dass ein Seniorenheim in der Stadt Stachanow zum Ziel eines ukrainischen Artillerieangriffs geworden sei. Bei einem darauf entstandenen Brand seien mehrere Personen gestorben, andere verletzt worden. Die Rettungskräfte der Republik seien bereits im Einsatz, fügte er hinzu.

Kiseljow gab weiterhin an, dass ukrainische Streitkräfte auch die Städte Solotoje, Kirowsk und Perwomajsk beschossen hätten. Dabei sei in diesen Städten keine einzige militärische Einheit stationiert gewesen. Der Politiker beschuldigte das ukrainische Militär, vorsätzlich zivile Infrastruktur anzugreifen.

Gestern hatten auch Vertreter der Donezker Volksrepublik Kiew vorgeworfen, zivile Ziele anzugreifen.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 31.05.22

Im Laufe des Tages hat der Gegner mehr als 240 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“ und 152mm- und 122mm-Rohrartillerie abgefeuert.

Die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression **starben 2 Zivilisten, darunter ein Kind, und 6 wurden verletzt.** 29

Wohnhäuser, 4 Fahrzeuge und 5 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von ziviler Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der

Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. Unsere Soldaten haben einen Angriff des Gegners im Gebiet von Nowobachmutowka aus Richtung Rosowka zurückgeschlagen. Durch sachkundige Handlungen von Einheiten der DVR wurden 2 T-64-Panzer, ein Schützenpanzer und 40 Mann vernichtet.

Außerdem ist es Soldaten der DVR mit Unterstützung der Streitkräfte der Russischen Föderation gelungen, den Gegner von der „Agrofarm“ im Gebiet von Nowoluganskoje abzudrängen.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in letzten 24 Stunden 7 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung seiner militärischen Pflicht starben und 18 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:10 de.rt.com: **Während EU-Boykotts: Russische Ölexporte nach Indien steigen um das 25-Fache**

Die von mehreren europäischen Ländern getragenen Sanktionen gegen Moskau hat indischen Raffinerien die Möglichkeit eröffnet, mehr Brennstoff aus Russland zu ermäßigten Preisen zu kaufen. Die monatlichen Importe erreichten bereits ein Vielfaches gegenüber dem Vorjahr. In den vergangenen drei Monaten hat Indien insgesamt 34 Millionen Barrel verbilligtes russisches Öl importiert, [berichtete](#) Reuters am Montag unter Berufung auf Daten von Refinitiv Eikon. Damit hat sich das Volumen der Gesamteinfuhren aus Russland gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres mehr als verdreifacht.

Den Angaben zufolge wurden in diesem Monat mehr als 24 Millionen Barrel Rohöl von Russland nach Indien geliefert, gegenüber 7,2 Millionen Barrel im April und etwa drei Millionen Barrel im März. Die Daten zeigen, dass das südasiatische Land im Juni etwa 28 Millionen Barrel des Rohstoffs aus Russland erhalten wird.

Im vergangenen Jahr beliefen sich Russlands Rohölexporte nach Indien im Durchschnitt auf lediglich 960.000 Barrel pro Monat. Somit verzeichnen die Exporte im Mai 2022 einen rund 25-fachen Anstieg im Vergleich zum Vorjahresmonat. Dies wurde vor allem angesichts westlicher Sanktionen gegen russische Energieträger und den Verzicht mehrerer europäischer Kunden auf Öl aus Russland möglich.

Nach Beginn des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine ist Indien wegen des fortgesetzten Kaufs von Öl aus Russland im Westen in die Kritik geraten. Neu-Delhi weist die Missbilligungen jedoch wiederholt zurück und betont, dass diese Importe nur einen Bruchteil des Gesamtbedarfs des Landes decken. Indische Behörden erklärten zudem, das Land werde weiterhin "billiges russisches Öl kaufen, da ein plötzlicher Importstopp die Kosten für die Verbraucher in die Höhe treiben könnte".

Aus früheren Medienberichten ging hervor, dass der drittgrößte Ölimporteur der Welt russisches Rohöl zu einem Preis von weniger als 70 US-Dollar pro Barrel kaufen wolle, um die durch die Sanktionen verursachten zusätzlichen Hindernisse auszugleichen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6295c9f4b480cc0bd6345e9a.jpg>

18:23 de.rt.com: **Russischer Sicherheitsrat: Polen versucht, die Westukraine zu besetzen**
Nikolai Patruschew, Sekretär des russischen Sicherheitsrates, glaubt, dass Polen und der Westen Kiew eine Annäherung anbieten, in der Hoffnung, westliche Gebiete des Landes zu erobern. Der Direktor des russischen Auslandsgeheimdienstes bestätigt dies durch Geheimdienstberichte.

Der Sekretär des russischen Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew, hat erklärt, dass Polen bereits damit begonnen habe, die westlichen Gebiete der Ukraine zu besetzen. Dies sagte er in Kasan auf einer Tagung zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit in der Wolga-Region. Patruschew teilte mit:

"Offenbar ist Polen bereits dabei, westukrainische Gebiete zu besetzen."

Er sagte, der Westen habe "besondere Pläne" für die ukrainischen Gebiete. Patruschew zufolge wollen die westlichen Partner Kiews die Situation in der Ukraine "für ihre egoistischen Interessen" ausnutzen. Der Sekretär des russischen Sicherheitsrates äußerte sich dazu:

"Der Besuch des polnischen Präsidenten Duda in Kiew und seine Äußerungen, dass die polnisch-ukrainische Grenze bald nicht mehr existieren wird, sind ein klarer Beweis dafür." Ende April erklärte der Direktor des russischen Auslandsnachrichtendienstes (SWR), Sergei Naryschkin, dass Washington und Warschau einen Plan entwickelt haben, um die Kontrolle Polens über seine sogenannten historischen Besitzungen in der Ukraine herzustellen. Unter Bezugnahme auf Informationen, die der russische Auslandsgeheimdienst erhalten habe, sagte Naryschkin, dass die USA und Polen beabsichtigen, eine "strenge militärische und politische Kontrolle" über bestimmte Gebiete der Ukraine zu errichten. Nach Angaben des SWR-Chefs wird die erste Stufe dieses Plans die Stationierung polnischer und anderer ausländischer Truppen in der Westukraine sein.

Polen bezeichnete die Äußerungen Naryschkins über die Absicht Warschaus, die Westukraine zu annektieren, als Lüge und als Versuch, Misstrauen zu säen. Der Sprecher des Koordinators der polnischen Sonderdienste, Stanisław Żaryn, sagte, dass "Lügen über angebliche Pläne Polens, die Westukraine anzugreifen, seit mehreren Jahren wiederholt werden".

Ende März unterzeichnete der polnische Präsident Andrzej Duda eine Änderung des Gesetzes über die Unterstützung von Ukrainern, wonach ukrainische Bürger, die aufgrund von der russischen Militäroperation gezwungen sind, das Land zu verlassen, ab dem 24. Februar 18 Monate lang legal in der Republik Polen bleiben können. Dies gilt für diejenigen, die beabsichtigen, in diesem Land zu bleiben. Anschließend wird ihnen eine befristete Aufenthaltserlaubnis erteilt.

Im Mai äußerte Duda die Hoffnung, dass es in Zukunft keine Grenzen zwischen Polen und

der Ukraine geben werde und dass die Menschen beider Länder "gemeinsam auf dieser Erde leben" könnten.

Als Reaktion auf die Entscheidungen des polnischen Staatschefs schlug der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij im Mai vor, den Polen einen besonderen Rechtsstatus zu gewähren und einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten. Das Dokument soll in Anlehnung an das polnische Gesetz über die Unterstützung ukrainischer Bürger verfasst werden.

Wiktor Janukowitsch, der ehemalige ukrainische Präsident, der im Jahr 2014 aus dem Land floh, äußerte sich ebenfalls zu den Beziehungen zwischen Warschau und Kiew. Er warnte vor den Gefahren der gegenwärtigen Annäherung zwischen der Ukraine und Polen, die seiner Meinung nach zu einer Situation führen könnte, in der die Ukraine gezwungen sein wird, de facto mit Polen zu fusionieren. Janukowitsch ist der Ansicht, dass die Ukraine im Falle einer Annäherung an Warschau eine vollständige Zerstörung ihrer Staatlichkeit erleben wird.

Nach dem Zusammenbruch der Österreichisch-Ungarischen Monarchie im Herbst 1918 verschärfte sich der Konflikt zwischen Polen und Ukrainern in Galizien (die Gebiete der heutigen Regionen Iwano-Frankowsk, Lwow und Ternopol in der Ukraine sowie der Süden der polnischen Provinz Woiwodschaft Karpatenvorland). Es kam zu Kämpfen zwischen den Streitkräften der Polnischen Republik und der Westukrainischen Volksrepublik, auch um Lwow. Anfang 1919 wurde eine Friedensmission der Entente in die Stadt entsandt, um die Demarkationslinie zwischen den Kriegsparteien festzulegen und den Konflikt zu beenden. Es gelang ihr, einen vorübergehenden Waffenstillstand zu erreichen, aber die Feindseligkeiten wurden später wieder aufgenommen. Die aktiven Kämpfe begannen im November 1918 und endeten im Sommer 1919 nach der rumänischen Intervention.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62962054b480cc6c304b3a28.jpg>

19:30 (18:30) novorosinform.org: **Russland stellt die Gaslieferungen nach Dänemark zum 1. Juni ein, weil es sich weigert, in Rubel zu zahlen**

Ab Mittwoch wird Gazprom Export die Kraftstoffexporte an Dänemarks führendes Energieunternehmen Ørsted sowie an Shell Energy Europe Limited aussetzen, da das im April gelieferte Gas nicht bezahlt wurde und die Zahlung in russischer Währung verweigert wird. Zum 31. Mai erhielt das russische Gasunternehmen keine Zahlung von Ørsted, die in der aktuellen Vereinbarung vorgesehen war. Aus diesem Grund wurde beschlossen, die Gaslieferungen an das dänische Unternehmen ab dem 1. Juni einzustellen. Ørsted wurde bereits darüber informiert, [berichtet](#) TASS.

Aus dem gleichen Grund stoppt Gazprom Export ab dem ersten Sommertag auch die Gaslieferungen an das deutsche Unternehmen Shell Energy Europe Limited. Die Exporte werden wieder aufgenommen, wenn ausländische Unternehmen gemäß dem Dekret des russischen Präsidenten beginnen, russisches Gas in Rubel zu bezahlen, erklärte Gazprom. Zuvor hatten beide Unternehmen Gazprom Export über ihre Weigerung informiert, Gas in russischer Währung zu bezahlen.



https://novorosinform.org/content/images/55/76/45576_720x405.jpg

18:30 de.rt.com: **Russland erklärt montenegrinischen Botschaftsangestellten zur Persona non grata**

Russland hat als Gegenreaktion einen montenegrinischen Botschaftsangestellten in Moskau zur Persona non grata erklärt. Dies teilte das russische Außenministerium mit. Wörtlich hieß es:

"Am 31. Mai wurde der außerordentliche und bevollmächtigte Botschafter Montenegros in der Russischen Föderation Milorad Šćepanović ins russische Außenministerium einbestellt, wo ihm eine Note des Ministeriums übergeben wurde, in dem ein Mitarbeiter der montenegrinischen Botschaft in Moskau zur Persona non grata erklärt wurde."

Diese Maßnahme sei eine Reaktion auf die Entscheidung der montenegrinischen Seite vom 7. April 2022, eine Reihe von Diplomaten der russischen Botschaft in Podgorica zur Personae non gratae zu erklären, betonte das russische Außenamt.

19:49 (18:49) novorosinform.org: **Die ukrainischen Streitkräfte verloren bis zu 40 Kämpfer und Ausrüstung infolge eines erfolglosen Angriffs bei Jasinowataja**

Die Streitkräfte der DVR haben einen Angriff ukrainischer Kämpfer in der Nähe des Dorfes Nowobachmutowka abgewehrt und dabei bis zu 40 Nationalisten, Panzer und Schützenpanzer zerstört, sagte Eduard Basurin, stellvertretender Leiter der Volksmiliz der Republik.

Ukrainische Militante versuchten, aus der Richtung von Rozovka in die Siedlung Nowobachmutowka im Rajon Jasinowataja einzudringen. Der Versuch war erfolglos – in der Auseinandersetzung verloren die Streitkräfte der Ukraine bis zu 40 Mann, zwei T-64-Panzer und einen Schützenpanzer, sagte Basurin.

Den Streitkräften der DVR gelang es mit Unterstützung der russischen Armee auch, den Feind im Gebiet des Dorfes Nowoluganskoje ibei Swetlodarsk zurückzudrängen, fügte der offizielle Vertreter der Volksmiliz hinzu.



https://novorosinform.org/content/images/55/77/45577_720x405.jpg

20:09 novorosinform.org: "**Tausende Fakten über Verbrechen**": Pasetschnik sprach von **den Vorbereitungen für ein Tribunal über Neonazis**

Während des bevorstehenden Tribunals werde das Kiewer Regime für jeden Mord und jedes zerstörte Haus bestraft, sagte das Oberhaupt der LVR, Leonid Pasetschnik.

In den acht Jahren der ukrainischen Aggression wurden Tausende von Verbrechen der Streitkräfte der Ukraine gegen Zivilisten im Donbass registriert. Derzeit laufen in der LVR, der DVR und Russland Vorbereitungen für ein Tribunal über ukrainische Neonazis, schrieb Pasetschnik in seinem Telegram-Kanal.

Es gebe keine Vergebung, sondern Bestrafung für den Feind, die Stunde der Abrechnung sei nahe, betonte der Staatschef der LVR. Laut Pasetschnik würden die Vertreter des Kiewer Regimes "für jeden Mord, für jedes zerstörte Haus" bestraft.



https://novorosinform.org/content/images/55/79/45579_720x405.jpg

19:30 de.rt.com: **Donezk im Mai über 800 Mal unter Beschuss genommen**

Die Intensität der Artillerieangriffe auf den Ballungsraum Donezk hat zugenommen und während des vergangenen Monats die Anzahl von 800 überstiegen. Dies erklärte der Minister für Notsituationen der Volksrepublik Donezk, Aleksei Kostrubizkij, der Nachrichtenagentur RIA Nowosti:

"Insgesamt hat die Anzahl der Artillerieangriffe auf Donezk und Makejewka, auf die ursprünglich von uns kontrollierten Gebiete, im Mai zugenommen. Im Mai haben wir über 800 Artillerieangriffe festgestellt."

Am vergangenen Tag waren beim Beschuss von Donezk fünf Personen, darunter ein 13-jähriger Jugendlicher gestorben. Kostrubizkij betonte:
"Die Angriffe haben ganz sicher zugenommen und zielen ganz sicher auf die zivile Infrastruktur."

20:30 de.rt.com: **Chemikaliertank in Sewerodonezk explodiert**

Rodion Miroschnik, der Botschafter der Lugansker Volksrepublik in Russland, hat auf Telegram [mitgeteilt](#), dass in Sewerodonezk ein Tank mit Chemikalien explodiert sei. Der Tank befand sich auf dem Gelände der Chemiefabrik "Asot" (russisch Stickstoff), das zurzeit noch unter ukrainischer Kontrolle stehe. Miroschnik vermutete, dass es sich bei den Chemikalien um Salpetersäure handelt:

"Nach vorläufigen Angaben ist dies Salpetersäure. Das Gelände der Fabrik wird noch von Truppen des ukrainischen Regimes kontrolliert."

Nach Angaben von TASS handelt es sich beim Werk "Asot" um eine der größten Chemiefabriken der Ukraine. Der Betrieb beschäftigt etwa 7.000 Menschen und stellt unter anderem Essigsäure, Methanol und Vinylacetat her.

Zuvor hatte das Oberhaupt der LVR Leonid Paseschnik erklärt, dass etwa ein Drittel des Stadtgebiets von Sewerodonezk unter der Kontrolle der Republik stehe.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/UnBLkuhd1WPYW714XSM0qzaAmRk9yG-AyTpndE4n-EmZn1cFxlsWr3rn5Y3omQ25_1mM6uGQeYDXJxLwuyiuhPzVWXs4PXmLM7BhHhLFW0dBLNoEeX6CGjIo8LYg-JUpWZbL1IvC4SIIURvM3OyIZe_l0PLMDH5MHogKThGivsuR1gjzd9zS8TWfT1Ll3-Xb5SpifoCaQuhU44J7oFtOyW9LrN0x-jajE9bBWXj398UHxgsot-ktNtoanPTdaza0VhzAlBxB1Xk5NHNPuK4Z0H5MbegsRDMXGFeq1Ks8Y3wTZ4vzCQyQRvkT7BEGDM9xsuIpzS2EZOeBTMmzMn2zdw.jpg

21:32 (20:32) [novorosinform.org](#): **BFU sprengten Chemikalien, um die Bewohner der befreiten Gebiete zu vergiften – Volksmiliz der LVR**

Der Moment der Explosion des Chemikaliertanks in Sewerodonezk wurde von Neonazis so berechnet, dass der Wind eine giftige Wolke in Richtung der Siedlungen Rubishnoje und

Kremennaja senden würde, berichtete die Volksmiliz der LVR.

Ukrainische Kämpfer, die sich aus dem Industriegebiet von Sewerodonezk zurückziehen, versuchten, den Vormarsch der alliierten Streitkräfte zu verhindern, aber gleichzeitig bedrohten die Provokationen der Streitkräfte der Ukraine die Zivilbevölkerung. Um die Verbrechen von Neonazis zu rechtfertigen, veröffentlichten die ukrainischen Medien falsche Informationen und beschuldigen die Soldaten der Republik, den Tank in die Luft gesprengt zu haben, hieß es.

Die Volksmiliz forderte die Einwohner von Sewerodonezk und den umliegenden Siedlungen auf, nicht in Panik zu geraten.

„Es werden alle Maßnahmen ergriffen, um die Folgen des Verbrechens des Kiewer Regimes zu beseitigen“, teilte die Volksmiliz mit.



https://novorosinform.org/content/images/55/82/45582_720x405.jpg

21:00 de.rt.com: **Scholz: Griechenland wird der Ukraine sowjetische Panzerfahrzeuge liefern**

Griechenland soll sowjetische Panzerfahrzeuge an die Ukraine liefern und als Ausgleich dafür deutsche Schützenpanzer erhalten. Das kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz am Dienstag nach einem Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten Kyriakos Mitsotakis am Rande des EU-Gipfels in Brüssel an: "Das wird jetzt ganz konkret zwischen den Verteidigungsministerien zu Ende besprochen und dann auch schnell umgesetzt werden können."

Mit Griechenland ist das geplant, was mit Tschechien schon vereinbart sei, sagte Scholz. Tschechien soll 15 Leopard-2-Panzer aus Industriebeständen für die Lieferung von Panzern sowjetischer Bauart in die Ukraine erhalten. Scholz nannte keine Einzelheiten des mit Griechenland geplanten Ringtauschs. Die griechischen Streitkräfte verfügen aber über Schützenpanzer des sowjetischen Typs BMP-1. Dafür könnten sie deutsche Schützenpanzer vom Typ Marder erhalten.

Scholz betonte, dass er auch mit dem polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki über einen Ringtausch gesprochen habe. "Wir wollen das beide in guter, bester Kooperation auch erreichen", sagte er. Polens Präsident Andrzej Duda hatte der Bundesregierung vor wenigen Tagen vorgeworfen, die aus Polen an die Ukraine gelieferten Panzer nicht ersetzt zu haben. Die Bundesregierung hatte irritiert auf diesen Vorwurf des Wortbruchs reagiert. Indessen hat die größte griechische Oppositionspartei Syriza die Waffenlieferungspläne scharf kritisiert. RIA Nowosti zitierte die Partei wie folgt:

"Wir finden es unfassbar, dass das griechische Volk diese Nachricht vom deutschen Kanzler erfährt, während Griechenlands Premierminister es nicht in seiner Pressekonferenz erwähnte." Laut Syriza stehe eine Verwicklung in den Ukrainekonflikt gegen griechischen Nationalinteressen entgegen und berge das Risiko von Spannungen mit der Türkei. "Die Regierung Mitsotakis

muss aufhören, geheime Entscheidungen zu kritisch wichtigen nationalen Fragen zu treffen", fügte die Partei hinzu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6296495848fbef369f19f17d.jpg>